

Freitag, den 31. März 1939

Oplata pocztowa uiszczona ryczałtem
Einzelnummer 10 Groschen

Volkszeitung

(Gazeta Ludowa)

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Łódź, Piotrkowska 109
Telephon 136-90 — Postkonto 600-844
Katowice, Plebiscytowa 35; Bielsk, Republika 4. Tel. 1294

Volksstimme
Bielsz-Biala u. Umgebung

Eine bemerkenswerte Audienz

Hochschullehrer beim Staatspräsidenten

Der Herr Staatspräsident empfing auf dem Schlosse folgende Persönlichkeiten: Professor Stanislaw Grabski, Professor Stanislaw Pigoń, Professor Stanislaw Estreicher, Cyril Natajši, Graf Zygmunt Laskośki, Professor Franciszek Bujal, Professor Stefan Glaser und Professor Leopold Sławiński.

Die genannten Personen stehen durchweg außerhalb des OZN oder sogar in Gegnerschaft zu dieser Regierungspartei. Sie sind Anhänger der Volkspartei oder der Arbeitspartei oder gar des gemäßigten Flügels des Nationalen Lagers.

Unabhängig davon empfing der Staatspräsident die bekannten und führenden Mitglieder der Volkspartei Władysław Witel und Waclaw Krzeptowski.

Berlautberungen über den Verlauf dieser Audienzen wurden nicht ausgegeben.

Kehrt auch Korsanty zurück?

Nach der Meldung einer polnischen Telegraphen-Agentur sind in Katowice bereits nähere Nachrichten über den Verbleib des ehemaligen Senators W. Korsanty eingegangen, der seit April 1935 seinen Wohnsitz nach der Tschechoslowakei verlegt hatte. Unmittelbar vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Tschechei gab Korsanty, der rechtzeitig benachrichtigt worden war,

in der Nacht vom 14. zum 15. März seine ständige Wohnung in Prag auf, er verließ die tschechische Hauptstadt und gelangte nach Paris. Dort erreichte ihn die Nachricht von einem in Katowice vor dem Bezirksgericht stattgefundenen Prozeß, den Korsanty gegen den Bergwerks- und Hütten-Verband wegen Rückzahlung einer Steuer eingestrengt hat, die Korsanty im Namen des Bergwerks- und Hütten-Verbandes vor Jahren entrichtet hatte. Den Prozeß hat Korsanty gewonnen.

Wie die Katowicer „Polonia“ in großer Ausmachtung meldet, hat sich nun auch Korsanty entschlossen, nach Polen zurückzukehren.

60 Millionen für Landesverteidigung

Wie uns berichtet wird, sind bis gestern abend für die Innenanleihe zum Ausbau des Lustschutzes etwa 60 Millionen Zloty gezeichnet worden.

Der polnische diplomatische Vertreter aus der Slowakei zurückgekehrt

Der polnische diplomatische Vertreter in Preßburg, Chalupczynski, ist nach Warschau zurückgekehrt. Die polnische Presse stellt fest, daß nach dem Vertrage der Slowakei mit dem Reich die Slowakei sich für Außenpolitik nicht interessiert und ihre Vertreter im Auslande lediglich wirtschaftliche und kulturelle Fragen zu erledigen hätten.

Ausnahmezustand in Madrid

20000 Republikaner aus Zentralspanien auf der Flucht

Madrid, 30. März. Der Befehlshaber der Madrider Garnison Espinoza de los Monteros hat durch eine Verordnung in der Stadt und in der Provinz Madrid den Ausnahmezustand eingeführt. Die Stadtverwaltung befindet sich bereits in Händen des von der Franco-Regierung ernannten Stadtrats.

Burgos, 30. März. Die Franco-Truppen ziehen ihren Vormarsch an allen Fronten fort. Nach Havas-Meldungen sind Almeria und zahlreiche Ortschaften des Grubengebiets Puertollano bereits von den Franco-Truppen besetzt worden.

Wie hier verlautet, sind sämtliche Mitglieder des Verteidigungsrates, außer General Miñá und Oberst Casado verhaftet worden, darunter auch Besteiro.

Zum Zivilgouverneur von Madrid wurde Alcalde de la Castilla ernannt.

Wie aus Algier berichtet wird, befindet sich General Miñá seit Mittwoch in Oran. Im Laufe des gestrigen Tages sind in Oran 7 Flugzeuge mit 54 führenden Persönlichkeiten des republikanischen Spanien getroffen. Ferner ist im Hafen von Oran ein Schiff mit vielen republikanischen Flüchtlingen eingelaufen. Eine Anzahl von Schiffen ist im Hafen von Marsa al-Kebir eingelaufen, die etwa 20tausend Flüchtlinge aus Zentralspanien an Bord hatten.

Trifft Franco dem Antikomintern bei?

Rom, 30. März. Im Zusammenhang mit den umlaufenden Gerüchten über den Beitritt Franco-Spaniens zum Antikomintern-Pakt stellt das „Giornale d'Italia“ fest, daß eine solche Möglichkeit bisher in Burgos nicht erwogen wurde. In Anbetracht der antikommunistischen Stellung der Franco-Regierung wäre, nach Meinung des Blattes, der Beitritt Spaniens zum Antikomintern-Pakt nur eine „formelle“ Angelegenheit.

Da aber der Antikomintern nicht so sehr gegen Sovjetrußland, als gegen die Demokratien gerichtet ist, würde der Beitritt eine etwas mehr als nur formelle Bedeutung haben. Spanien würde sich damit gegen die demokratischen Weltmächte entscheiden und darf man darum annehmen, daß das „Giornale d'Italia“ die Lösung im eigenen Sinne vorzeitig als nur „formell“ vorwegnehmen wollte.

Bor einer chinesischen Gegenoffensive

Tokio, 30. März. Die gesamte japanische Presse kündigt in großer Ausmachtung eine bevorstehende Gegenoffensive Marschall Tschangtschischew in Nordchina an.

Die chinesischen Operationen werden an folgenden Punkten erwartet:

1. Aus südlicher Richtung an verschiedenen Stellen der Lunghai-Front;
2. Von Sianfu aus gegen Süd-Schansi;
3. Vom Abschnitt Suihuan aus gegen Tschachar.

Außerdem soll Tschangtschischew eine verstärkte Tätigkeit der Freischärler an allen Fronten angeordnet haben.

Die japanische Presse meint ergänzend, daß Tschangtschischew damit beabsichtige, einerseits den Widerstandsgesicht der Chinesen zu beleben und andererseits das Vertrauen dritter Staaten in die Kampfkräfte der Tschangtschischew-Regierung zu stärken, um weitere Hilfsquellen, insbesondere Englands, Frankreichs und Sovjetrußlands, zu mobilisieren.

Tokioter militärische Kreise halten Teilstücke innerhalb für möglich, bezweifeln jedoch die Möglichkeit einer chinesischen Großaktion.

Der Flugverkehr gesperrt

Tschunking, 30. März. Das chinesische Außenministerium hat den ausländischen Botschaftern mitgeteilt, daß der Abschnitt Haiman am Ausgang des Yangtse für den Flugverkehr gesperrt wird, da dort die Landung japanischer Truppen befürchtet wird.

Mussolini heute

Hitler spricht nicht, aber läßt marschieren, besetzt Gebiet und redet nachher.

Mussolini redet, droht, töbt — und verlangt von Frankreich Verhandlungen, unter der Drohung, daß Frankreich die Verantwortung zufalle, wenn Italien zum Kriege gedrängt werde. Und er unterstreicht seine Drohung mit dem Ruf nach Waffen.

Damit ist eigentlich schon die verschiedene Lege der beiden Achsenbrüder und das Spiel der Achse gekennzeichnet. Der eine marschiert und erreicht seine Ziele unter der Drogwirkung seiner Armeen, der andere ruft nach Waffen, um mit dieser Drogwirkung auf dem Verhandlungsweg seine Ziele zu erreichen. Der eine hat es mit kleineren, schwächeren Gegnern zu tun, die er einfach überrennt, der andere muß sich hüten, diese bei Diktatoren sonst beliebte Überfallstatistik anzuwenden. Er muß sich darauf beschränken, möglichst laut seinen Ruhm, seine Kraft, seine Macht zu preisen, um auf dem Wege dieser Art Einschüchterung zu seinen Zielen zu kommen. Er muß es umso energischer und mit mehr Stimmenauwand tun, als seine Gefolgstreuen natürlich nicht jedermann sind, um nicht zwischen Hitlers Erfolgstaten und Mussolinis Bombenreden unterscheiden und die Bilanz ziehen zu können. Es merkt schließlich jedermann, daß Mussolini in großer Verlegenheit ist. Sein Achsenpartner startet mißhelos von Erfolg zu Erfolg, wird mächtig und mächtiger, drängt selbst den lieben Achsenbruder in Rom aus der Einflussphäre im Balkan, kann einen schönen Tages an der Adria sich zum Schrecken Mussolinis, der auch sagen kann „das ist mein lieber Sohn, ardem ich einen Wolf gefangen habe“. Da wären Steine zu werfen, aber Mussolini als vorläufiger Achsenpartner will nicht der Erste sein. Mussolini kommt mit allem Säbelgerassel nicht vorwärts, die lärmenden Demonstrationen seiner Gläubigen und Gehorchenden mit ihrem Rufe nach Nizza, Korfika, Tunis usw. haben Frankreich und England nur aufgerüttelt und nicht einmal sicher die Beute in Spanien, für die so viele Geld- und Blutopfer gebracht wurden. Keine außenpolitischen Erfolge bei rapid sinkender Wirtschafts- und Lebenslage des eigenen Volkes, das muß Mussolini schon bedenklich stimmen und ihm den Gedanken nahelegen, daß „seine Revolution“ sozial, gedanklich, kulturell noch immer erst in den Anfängen stecke, trotz zwanzigjährigem selbstgemachten Ruhm.

Das faschistische „Heldenamt“ braucht allerdings „Glauben“ und blindes „Gehorchen“, wenn in den demokratisch-plutokratischen Krämerläden das Volk immerhin noch bedeutend besser leben kann als in den ruhigeren Imperien, denen das „Kämpfen“ gegen das kaum bewaffnete Abessinien und gar gegen die spanische Republik schon schwer geworden ist. So kommt es nicht unerwartet, daß Mussolini zwar wieder mächtig mit dem Schwert an den Schild schlägt und den Kriegsgott spielt, aber trotz seiner Verachtung der Berufspazisten nach einer langen Friedensperiode Verlangen hat, von der er sich eine bessere Entwicklung verspricht. Da er dazu die englische Freundschaft, d. h. das englische Gele, notwendig hat, da er zur Sicherung seiner abessinischen Eroberungen den leichten Zugang über Suez und Djibouti haben muß und den Flankenschutz von Tunis für sein Tripolis, da er die Achsenfreunde in Berlin zu fürchten beginnt, da im italienischen Volk die Einsicht wächst, daß ihm die wirkliche Gefahr von Norden und nicht von Frankreich her droht, mit dem man seit den Kriegen gegen Österreich, in denen Frankreich das einige Italien zimmern half, in Frieden und Ruhe lebte, lädt Mussolini mit aller Deutlichkeit Frankreich zu Verhandlungen ein. Von Nizza und Korfika ist nicht mehr die Rede, nicht einmal mehr in den sorgfältig redigierten Presseausgaben, sondern nur noch von Tunis, Djibouti und Suez, über welches England mehr entscheidet als Frankreich. Das deutet an, was schon die plötzliche freundliche Wendung des italienischen Königs und des Kronprinzen zu Frankreich hin verrät: Italien will zu guten Verhandlungen mit den demokratisch-plutokratischen Krämerläden kommen.

Die nunmehr erfolgte Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Daladier beweist, daß Frankreich wohl zu Verhandlungen bereit ist, sich aber auf den Standpunkt stellt, daß wenn jemand etwas wolle, dann müsse er mit deutlichen Vorschlägen kommen. Und das sei in diesem Falle nicht Frankreich, sondern Italien. Mussolini aber wartet seit dem Dezember, daß man ihm zu Verhandlungen einlade. Und er wartet vergeblich. Es wurde aus der Kolonialfrage eine Frage des Prätiges. Nicht nur für Mussolini, auch für Frankreich.

Daladier ist Mussolini nicht einen einzigen Schritt entgegen gekommen. Jetzt ist die Reihe an Mussolini. Was wird er tun?

Der „Gefangene“ des Mittelmeeres

Paris, 30. März. Auf seiner Fahrt durch Kalabrien hielt Mussolini am Donnerstag vormittag in Cosenza eine Rede, in der er erklärte, daß Italien keineswegs im Mittelmeer als „Gefangener“ verbleiben werde.

Die Rundfunkrede Daladiers klare Worte an Italien und Deutschland

Paris, 30. März. In der Rundfunkrede, die Ministerpräsident Daladier am Mittwoch gehalten hat, beschäftigte er sich in der Hauptsache mit dem französisch-italienischen Abkommen und der Lage, die sich nach der Annexion der Tschechoslowakei durch Deutschland ergeben habe.

Diese Abkommen, erklärte Daladier, hätte Frankreich begonnen durchzuführen; weder während der Eroberung Äthiopiens noch später seien die Abkommen in Frage gestellt worden. Erst durch einen Brief vom 17. Dezember 1938 habe Italien durch Graf Ciano Frankreich wissen lassen, daß man diese Abkommen vom Jahre 1935 nicht mehr als gültig betrachte. Daladier gab zu, daß in der italienischen Note vom 17. Dezember die italienischen Probleme Frankreich gegenüber klar dargelegt worden seien. Diese Probleme hießen Tunis, Dschibuti und Suez-Kanal. Der Anspruch Mussolinis habe aber trotzdem jetzt in der internationalen Öffentlichkeit große Überraschung hervorgerufen. Der Brief vom 17. Dezember werde darum morgen veröffentlicht werden. Er habe „keinerlei Präzessionen enthalten“. Daladier polemisierte nun ernsthaft gegen den Brief vom 17. Dezember und verwahrte sich dagegen, diesbezügliche Forderungen im einzelnen durch Pressartikel oder „durch das Geheime der Straße“ vorzubringen. Er selbst habe gesagt und bleibe dabei, daß Frankreich keinen Zoll breite seines Gebietes und kein einziges Recht abtreten werde.

Im Geiste und im Sinne der Abkommen von 1935 lehne Frankreich aber nicht ab, die Vorschläge zu prüfen, die ihm unterbreitet werden sollten.

Dasselbe gelte auch für ein anderes großes Nachbarvolk, mit dem Frankreich so viele Konflikte gehabt habe.

„Wir unterzeichneten das Münchener Abkommen, später die deutsch-französische Deklaration. Noch vor wenigen Tagen gab es in Berlin deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen. Aber uns wurde während der letzten Jahre zur Entschuldigung gewisser Vorstöße von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, später von natürlichen Ansprüchen gesprochen, heute spricht man vom Lebensraum.“

In der Zwischenzeit hätten der deutsch-französische Verständigung die Eroberung der Tschechoslowakei und die Besetzung Prags durch die deutschen Armeen einen schweren Schlag zugefügt. Der Ministerpräsident betont indessen erneut, daß der Krieg eine Katastrophe für alle Nationen sein würde.

Im Namen seines Landes rufe er alle Mächte, die so dachten, zu einer vertraulichen Zusammenarbeit auf: „alle die Mächte, die wie wir bereit sind, auf dem Wege des Friedens zu bleiben, die aber in einem einzigen Schwung sich gegen jeden Angriff solidarisch erheben würden.“

Der Brief am 17. Dezember

Paris, 30. März. Das vom Ministerpräsidenten Daladier in seiner Rundfunkrede am Mittwochabend erwähnte Schreiben des italienischen Außenministers Graf Ciano vom 17. Dezember 1938 zu den italienisch-französischen Beziehungen wurde am Donnerstag gemeinsam mit einer Antwort des französischen Botschafters François Poncelet vom 25. Dezember 1938 in der französischen sowie auch in der italienischen Presse veröffentlicht.

Die Grundzüge dieser diplomatischen Korrespondenz wurden schon seinerzeit bekannt, jetzt wird sie jedoch im Wortlaut bekanntgegeben.

In dem Schreiben des italienischen Außenministers vom 17. Dezember 1938 heißt es u. a.: „In unserer Besprechung vom 2. Dezember haben sie mir den Wunsch der französischen Regierung zum Ausdruck gebracht, die müssen wollen, ob die italienische Regierung das französisch-italienische Abkommen vom Januar 1935 noch als

in Kraft befindlich betrachte und ob dieses Abkommen nach Auffassung der italienischen Regierung noch als Grundlage für die französisch-italienischen Beziehungen dienen könnte. Ich habe Ihnen geantwortet, daß diese Frage eine zu große Bedeutung habe, als daß ich Ihnen auf der Stelle eine endgültige Antwort hätte geben können, die eine vertiefte Prüfung erforderlich mache. Die französisch-italienischen Abkommen vom 7. Januar 1935 legten sich aus einem Vertrag im Hinblick auf die Regelung der beiderseitigen Interessen in Afrika und aus einer Reihe anderer Vereinbarungen zusammen. Auf Grund des Artikels 7 sollte dieser Vertrag ratifiziert werden und seine Inkraftsetzung hängt von dem Austritt der Ratifizierungen ab. Dieser Austausch hat jedoch niemals stattgefunden. Es sind sogar nicht einmal die Verhandlungen über die Sonderabmachungen bezüglich Tunis angebahnt worden, und dabei hätten laut Artikel 1 dieses Vertrages die Abmachungen zur gleichen Zeit wie der Vertrag selbst in Kraft treten müssen. Bekanntlich zielten die Abkommen von 1935 durch die Regelung einer ganzen Reihe von Fragen auf eine Entwicklung der Freundschaft zwischen Italien und Frankreich und auf die Herstellung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten ab.“

Ciano weist dann auf die Frage der in Tunis lebenden Italiener und auf die erwartete entsprechende Haltung Frankreichs bezüglich der italienischen Entwicklungsnötwendigkeiten in Ostafrika (Abessinien) hin, um dann zu erklären, daß die Abkommen in ihrer Gesamtheit „geschichtlich überholt“ seien.

„Sie bezogen sich auf eine allgemeine politische Lage, die schnell von den Ereignissen überholt worden war, die der Anwendung der Sanktionsmaßnahmen gefolgt waren. Außerdem hat die Schaffung des Imperiums neue Rechte und neue Interessen von grundlegender Bedeutung geschaffen. Unter diesen Umständen und im Interesse einer Besserung der italienisch-französischen Beziehungen, können diese Beziehungen nicht mehr die Abkommen von 1935 zur Grundlage haben. Wenn man diese Beziehungen verbessern will, so ist es selbstverständlich, daß diese Beziehungen erneut durch eine Vereinbarung gelaßt werden müssen.“

In dem Antwortschreiben des französischen Botschafters vom 25. Dezember 1938 an den italienischen Außenminister heißt es u. a.: „Meine Regierung hält es für ihre Pflicht, folgende Feststellung zu machen:

1. Die Abkommen vom 7. Januar 1935, die die Grundlage einer Regierung aller zwischen Frankreich und Italien schwedenden Streitfälle hergestellt hatte und deren Zweck es gewesen ist, die Entwicklung der französisch-italienischen freundschaftlichen Beziehungen sicherzustellen, sind einstimmig bis auf 9 Stimmen vom französischen Parlament am 22. und 26. März 1935 ratifiziert worden. Wenn die Ratifizierung auf Grund einer Verschiebung der tunesischen Abmachung, die dieser Ratifizierungsaustausch vorhergehen sollte, nicht ausgetauscht werden könnte, so ist Frankreich für die Beurteilung der Umstände nicht verantwortlich, die Italien dazu geführt haben, von sich aus diese Verschiebung zu wünschen. Darüber hinaus haben die Abkommen selbst vor ihrer Ratifizierung von Seiten Frankreichs und nur zugunsten Italiens eine erste Anwendung erfahren, indem die französische Regierung einer Durchführung ihrer Verpflichtungen vorausgriff und die effektive Übergabe von 2500 Aktien der französischen Gruppe der Konzessionsgesellschaft der Djibouti-Eisenbahn an eine italienische Gruppe hergestellt hatte. Selbst von Seiten der italienischen Vertreter, die an den französisch-tunisischen Verhandlungen in Paris 1937 teilgenommen hatten, wurden die römischen Abkommen als sicher genug betrachtet. Diese haben sogar erklärt, daß das italienische Außenministerium bezüglich der tunesischen Abmachungen keine grundlegenden Änderungen der von der französischen Regierung gemachten Vorschläge ins Auge gesetzt habe.

2. Keine politische Handlung der französischen Regierung hat jemals seit dieser Zeit als Rechtfertigung einer Änderung der von der italienischen Regierung fundgetanen Bereitschaft angeführt werden können. Die französische Regierung hat ganz im Gegenteil alle Initiativen ergriffen, die ihr als für eine Verbesserung der französisch-italienischen Beziehungen geeignet vorgeschlagen worden sind. Zur Genüge ergriff die französische Regierung eine grundlegende Stellung, die ihr ihre Handlungsfreiheit für die Anerkennung der italienischen Souveränität in Abessinien sicherstellen sollte.

3. Bezuglich der Dinge, die sich vor dieser Haltung Frankreichs bezüglich der abessinischen Angelegenheit getragen haben, sind der italienischen Regierung niemals die allgemeinen und ständigen Vorwürfeungen der französischen Politik im Zusammenhang mit den internationalem Verpflichtungen unbekannt gewesen. Diese Verpflichtungen sind immer und zur rechten Zeit von dem damaligen Regierungschef Laval ins Gedächtnis gerufen worden. Die italienische Regierung weiß jedoch, in welchem Geiste diese Politik von der französischen Regierung betrieben worden ist. Mussolini hat wiederholt dem französischen Botschafter während des Völkerbundesverfahrens seine ganze Anerkennung für den maßigenden Einfluß Frankreichs und der ständigen Bemühungen der französischen Delegierten bezüglich einer Vereinbarung der Verpflichtungen des Völkerbundes mit der italienisch-französischen Freundschaft zum Ausdruck gebracht.

Moratorium im Dritten Reich?

Bemerkenswerte Ausführungen von Reichsminister Funk

Berlin, 30. März. In einer Rede hat Reichsminister Funk die folgenden drei Punkte als Ausgabe der deutschen Finanzwirtschaft aufgestellt:

1. Alle Lasten sollen, soweit das möglich ist, auf einen „weiteren Zeitpunkt“ verschoben werden;
2. Schutz des Reiches vor Zinsbelastungen;
3. Zugänglichmachung des Kapitalmarktes für die deutsche Privatwirtschaft.

Aus diesen Punkten ist auf ein verlapptes Moratoriums, das Reichsminister Funk einführen will, zu schließen. Deutschland will oder kann nicht zahlen, verlangt aber zu gleicher Zeit die Drosselung des Kapitals für seine Industrie, der es selbst nichts bieten kann als Rüstungsanträge gegen zweifelhafte Deckung. Diese Wirtschaftsoffensive ist nicht weniger bedenklich, aber etwas schwächer als jene, die jahrlänglich die Annexion der Tschechoslowakei. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß nun der Wirtschaftskrieg in vollen Gang kommt. Es geht um das Kapital und das werden die bürgerlichen Demokratien nicht so leicht opfern, als die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.

Kabinettssitzung in London

London, 30. März. Die britische Regierung trat am Donnerstag vormittag unerwartet zu einer Kabinettssitzung zusammen, nachdem die Regierung am Mittwoch, am ordentlichen Sitzungstage, bereits 2½ Stunden geagt hatte. Wie „Press Association“ berichtet, besaßte sich das britische Kabinett in seiner heutigen

Sitzung mit der Rundfunkrede Daladiers betreffend der französisch-italienischen Beziehungen und der mit dieser Rede geschaffenen Lage. Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen und Konstatationen bezüglich der „Angriffs-Erklärung“ war ein weiterer Gegenstand der Beratungen. Das Kabinett habe sich seiner mit der Aufrüstung und der Ausbildung der Territorialarmee, die verstärkt werden soll, befaßt.

Vor der Kabinettssitzung jüngten der stellvertretende Vorsitzende der parlamentarischen Fraktion der Labour-Partei, Greenwood, und Sir Archibald Sinclair, der Vorsitzende der liberalen Opposition, den Premierminister auf.

Die Londoner Nachrichtenblätter vermuten, daß die Kabinettssitzung den Premierminister in den Stand setzen sollen, bereits am heutigen Donnerstag oder Freitag die erwartete Erklärung über die vierjährige Initiative abzugeben.

Chamberlain-Erklärung am Montag

London, 30. März. Premierminister Chamberlain erklärte am Donnerstag im Unterhaus, daß die angekündigte Aussprache über die Außenpolitik kommenden Montag stattfinden werde. Auf die weitere Frage erklärte er, er sei nicht in der Lage, wie gewöhnlich, die Dauer der Beratung des Unterhauses über Ostern bekanntzugeben.

Die Erklärung des Premierministers bedeutet, daß die britische Regierung bis zum Montag in der Lage zu sein glaubt, die diplomatischen Besprechungen abgeschlossen zu haben.

Chamberlain-Erläuterung am Freitag

London, 30. März. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, wird Ministerpräsident Chamberlain am Freitag im Unterhaus eine Erklärung zur internationalen Lage abgeben. Wie es heißt, wird sich der Ministerpräsident möglicherweise mit den Absichten der Regierung hinsichtlich der Konsultation mit anderen Mächten befassen.

Erhöhung der Versicherungsprämien

London, 29. März. Als ein deutliches Zeichen der Lage und der Gefahren des Krieges darf wohl in einer Maßnahme der amerikanischen Versicherungsgesellschaften erblickt werden, die die Versicherungsprämien für Schiffe, die aus Amerika nach englischen oder anderen europäischen Häfen auslaufen, auf das Doppelte erhöht haben.

Aus Welt und Leben

Nacktkultur im Bois de Boulogne

Schon seit einiger Zeit hatte die Polizei Mitteilungen erhalten, daß an einer bestimmten Stelle des Bois de Boulogne Nacktkultur getrieben würde. Es handelte sich um fünf bis sechs junge Leute, die täglich bei Sonnenaufgang zusammenkamen, sich ihrer Kleider entledigten und im Adamostüm gymnastische Übungen und einen Dauerlauf durch den Park unternahmen. Sie störten eigentlich niemanden, denn so früh ist das Bois de Boulogne völlig menschenleer, und außerdem hatten sie den Platz für ihre Zusammenkünfte ziemlich abgelegen gewählt. Trotzdem aber schritt die Polizei ein. Sie lauerte den Adepten von Lust, Licht und Sonne auf und hatte auch die Genugtuung, daß tatsächlich einer der jun-

gen Männer erschien, sich ohne weiteres völlig nackt auszog, und zwar mutterseelenallein, aber sichtlich viel befriedigt, mit seinen Übungen begann. Natürlich wurde er sofort verhaftet, aber die Polizei hatte zu schnell zu greifen. Zwei andere kamen zwar des Weges daher, sahen das Malheur und gaben sich als harmlose Passanten aus, die den nackten Jungling nicht zu kennen vorgaben. Auch dieser weigerte sich absolut, die Namen seiner „Komplizen“ preiszugeben. Auch seinen Namen erfaßt man nicht, und das ist immerhin anständig von der Polizei.

Eine Wage, die einen Sonnenstrahl wiegt

Im chemischen Laboratorium der Universität von Colorado in Boulder ist eine Wage konstruiert worden, die 1/1 000 000 Gramm wiegt; sie ist so empfindlich, daß man das Gewicht eines Haars, ja selbst eines Sonnenstrahls darauf feststellen kann. Sie muß ständig in gleichmäßiger Temperatur und in einem bestimmten Feuchtigkeitsgrad der Luft gehalten werden. Auch das Licht muß gleichmäßig von oben herab auf beide Wageschalen fallen, wenn Irrtümer vermieden werden sollen. Um die vollständige Genauigkeit zu erlangen, muß der Chemiker, der sich der Wage bedient, wenigstens eine Stunde bevor füßen, damit keine Ablenkung des Lichtes und seiner Körperwärme stören wird.

Der Löwe in der Schmierseife

Ein Seifensieder in der Nähe von Bryburg (Britisch-Weichuanaland) hatte einige große Fässer mit Schmierseife fabriziert und sie über Nacht im Freien stehen lassen. Als er am Morgen vors Haus trat, bemerkte er, wie ein großer Löwe sich eben mühselig aus einem der Fässer herausarbeitete. Der Löwe flüchtete zwar, bevor der Mann sein Gewehr holen konnte, wurde aber wenige Stunden später in der Nähe verendet aufgefunden.

Lodzer Haushalt einstimmig angenommen

Auch die Endelen stimmen für den Haushalt — Der Ozon enthält sich der Stimme

Die vierte Stadtratssitzung zum Budget eröffnete Stadtpräsident Kwapinski in Anwesenheit von 75 Stadtvorordneten.

Gleich darauf ergriff der Sprecher der Nationaldemokraten das Wort zur persönlichen Erklärung. Er wies darauf hin, daß in diesem Saale allzuoft Streitigkeiten vorkommen. Es sind zwar zwei Weltanschauungen da, die eine der Mehrheit, die andere der Nationalen und „Christlichen“. Doch waren die persönlichen Beleidigungen oft der Art, daß es schon einmal gezwungen war, die Zeitung „Glos Poranny“ zu verlassen. Jetzt wird er den Schöffen Malinowski (PPS) gerichtetlich belangen. Weiter erklärte Szajdler, daß seine Fraktion nicht die Absicht habe, die Arbeiten im Stadtrat zu unterbinden und diesen damit aufzulösen zu lassen; es mögen nur keine persönlichen Angriffe folgen.

Diese Erklärung klang sehr sonderbar, da es gerade die Endelen waren, die die Beratungen störten. Gestern verhielten sie sich im allgemein ruhiger und weniger provozierend. Ihre Angriffe und Gehässigkeiten gegen alles Jüdische waren dagegen nicht im geringsten schwächer als bisher.

Stadtpräsident Kwapinski bat darauf die Stadtvorordneten, alles zu tun, damit die Debatten wirklich sachlicher und ohne persönliche Angriffe geführt werden können. Das Niveau wird demnach auch höher sein. Der Stadtrat müßte kulturell ein Beispiel für die Stadt sein und auf europäischem Niveau stehen.

Die am Vortage unterbrochene zweite Lesung des Budgets wurde hierauf vorgenommen.

Begonnen wurde bei der Abteilung für Kultur und Bildung. Es ist festzustellen, daß auch gestern nur die Endelen Anträge auf „Verbesserungen“ oder Strichzügen einzelner Positionen einbrachten. Ihre Anträge wurden abgelehnt, da sie sich als verfassungswidrig erwiesen und von antisemitischem Geist getragen waren. Um das wirkliche Wohl aller Bewohner der Stadt ging es ihnen nicht. Besondere Angriffs punkte für die Endelen und ihre Anträge bildeten die Budgetpositionen: städtische Volksschulen: Gehälter der Schulwärtler, Arbeitsschule, Vorschulen, Freie Hochschule, Mittelschulen usw.

Zur Position der Gehälter für die Schulwärtler (Antrag der Endelen auf höhere Bezahlung) erklärte der Stadtpräsident, daß 155 solcher Wärter schon höhere Gehaltsstufen bekommen haben. Auch der Antrag der Endelen auf Einstellung der Tätigkeit der Arbeitsschule, weil keine qualifizierten Fachlehrer vorhanden seien (?), wurde abgelehnt. Zur Freien Hochschule und besonders zum Piłsudski-Gymnasium an der Sienkiewicza meinte die Endelen, daß das jüdische Element dieser Schulen fernzuhalten sei, damit die polnischen Kinder nicht von „Freimaurerideen angestellt“ werden. Die Juden müßten hier hinausgeworfen (wörtlich gesagt) werden, damit der „nationale und christliche Geist“ vorherrsche. Die Juden mögen sich eigene Schulen schaffen.

Bei den Budgetpositionen für Kultur und Kunst entwickelte sich eine rege Aussprache zwischen der Mehrheit und insbesondere zwischen dem Vizepräsidenten Purtal und den oppositionellen Endelen. Besonders weit gin-

gen die Ansichten auseinander bei der Aussprache über die Subventionen für die städtischen Theater sowie das Bartoszewicz-Museum. Die Endelen möchten hier ausschließlich „nationale und christliche“ Kultur sehen wollen. Weil dem nicht so ist, lämen wenig Besucher in die Theater. Vizestadtpräsident Purtal erklärte, daß vor allem der Arbeiter mehr verdienen müsse, dann werden hier auch keine Defizite sein.

Zu entrüsteten Zwischenrufen seitens der Mehrheit kam es, als die Endelen sagten, man möchte das jüdische „Poznański“-Spital nicht unterstützen, weil dort Unia berkeit herrsche und weil es ein jüdisches Spital ist. Auch wegen der Anstellung von jüdischen Ärzten in den Spitäler ging es erregt zu.

Vizestadtpräsident Purtal erklärte, daß Ärzte nicht nach ihrer nationalen Zugehörigkeit, sondern nach ihren Fähigkeiten einzuschätzen seien. Er selbst habe sich wiederholt als schwerkranker Mann von jüdischen Ärzten heilen lassen. Hätten wir nicht viele fähige jüdische Ärzte, dann wäre es besonders im Militärheilwesen aber auch allgemein im Heilwesen schlecht bestellt. Recht müsse Recht bleiben!

Stadtvorordneter Dembinski (Endel) erklärte, daß er höchst erfreut darüber sei, daß man der Institution „Bewohnte Mutterenschaft“ nicht mehr sowiel Beachtung schenke; die Mehrheit hätte also erkannt, daß diese Institution ein „jüdisches Produkt“ sei. (Gelächter.)

Bei anderen Positionen kam es zu längeren Kontroversen zwischen den Endelen und dem Demokraten Dr. Wienkowski.

Ganz unerwartet erfolgte dann eine Provokation seitens des Endelen Rechtsanwalts Grochowiski, auf welche die Mehrheit außerst erregt protestierte.

Die Vorlesung der Positionen Gartenbau, städtische Unternehmen, Bauabteilung ging — außer einigen Siedlungen wegen der Endeca-Anträge oder ihrer Erklärungen — ziemlich glatt vorstatten. Die Anträge der Endelen haben durchweg einen demonstrativen Charakter.

Zu bemerken ist nur noch, daß die jüdische Aktiengesellschaft „Linas Hacebe“ auf die bestätigte Subvention von 2500 Zloty verzichtete. Stadtpräsident Kwapinski beantragte, diese Summe auf den „DOR“ überzuleiten, was angenommen wurde.

Die zweite Lesung des Haushalts konnte am 1. Uhr nachts abgeschlossen werden. Die dritte Lesung nahm eine Stunde in Anspruch, worauf Stadtpräsident Kwapinski die Abstimmung anordnete. Da die Annahme des Haushaltplanes haben sich die sozialistischen Fraktionen, die Demokraten und die jüdischen bürgerlichen Stadtvorordneten ausgesprochen. Die Endelen haben nach Abgabe einer gewundenen jüdenfeindlichen Erklärung ebenfalls dem Haushaltspunkt zugestimmt. Die DOR-Fraktion hat sich der Stimme enthalten. Da jedoch Stimmabstimmung als Zustimmung gilt, konnte der Stadtpräsident Kwapinski die einstimmige Annahme des Haushalts feststellen.

Die Erklärung des „Bund“ im Lodzer Stadtrat

Bei der allgemeinen Aussprache über die Budgetvorlage der Stadt Lodz hat der Stv. Zygelbojm im Namen der Fraktion des jüdisch-sozialistischen „Bund“ nachstehende Erklärung abgegeben (nur wenig gekürzt):

„Die Stadtverordnetenrathskammer des „Bund“ außer im Vertrauen zur Stadtverwaltung, die Überzeugung, daß die Stadtverwaltung beim Festlegen der zukünftigen Budgets alles unternehmen wird, um die bisherige Vernachlässigung der ärmsten Stadtbevölkerung stufenweise zu beenden. Die Stadtverordnetenrathskammer des „Bund“ gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Stadtverwaltung sich bemühen wird, das bisherige Unrecht — durch Vorurteile hervorgerufen — an den Juden wieder gutzumachen.“

Die Stadtratsfraktion des „Bund“ und der Berufs- und Klasserverbände hofft, daß die Stadtverwaltung u. a. um folgendes Sorge tragen wird: 1. Berücksichtigung bei der Besetzung neuer Arbeitsstellen vor allem derjenigen, die von der kommissarischen Stadtverwaltung ihrer politischen Überzeugung oder auch der Muttersprache wegen entlassen wurden; 2. Ausübung des Einflusses auf den Arbeitsmarkt, damit dieser keine Raubbau unterstehen werde bei der Anstellung von Arbeitslosen bei städtischen Arbeiten mache; 3. gleiche Behandlung aller Stadtbürger ohne Unterschied der nationalen Zugehörigkeit in allen Zweigen und städtischen Büros sowie bei der Verteilung von Bestellungen; 4. Ausüben von sozialen Unterschieden in der Fürsorge, ausgehend über Kinder und Greise sowie auch bei jeglichen anderen Unterstützungen.

Die „Bund“-Fraktion fordert die Stadtverwaltung auf, alles, was in ihrer Kraft steht zu unternehmen zwecks Errichtung des Selbstbestimmungsrechtes auf dem Gebiete der Spezialsteuern, der Errichtung von Schulbauten, der Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose, auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Kultur und Ausbildung. Gleichzeitig spricht der „Bund“ durch seine Vertreter die Überzeugung aus, daß für die normale Entwicklung der Lodzer Selbstverwaltung sowie auch für sämtliche Selbstverwaltungen Polens die gesetzähnliche Erweiterung des Machtbereiches der Selbstverwaltungen nötig sei.“

Radio-Programm

Sonnabend, den 1. April 1939.

Warschau-Lodz.

6,35 Gymnasium 7,15 Schallpl. 11 Schußsendung
11,25 Schallpl. 14 Unterhaltungsmusik 15,50 Konzert 17 Gottesdienst 18 Lodzer heitere Welle 18,30 Für die Auslandspolen 19,30 Konzert 20,35 Abendnachrichten 21 Heiteres Konzert 23 Letzte Nachrichten.

Kattowitz.

14 Bunte Musik 14,50 Nachrichten 18 Haydn-Schubert—Beethoven 18,15 Plauderei.

Königsberg (Pr.)

6,30 Frühkonzert 10 Kirmesantante 11,30 Schallpl. 12 Großes Werkkonzert 14 Allerlei 16 Konzert 20,10 Otto Dobrindt spielt 23 Komm mit zum Tanz.

Breslau.

12 Konzert 1,10 Schallpl. 16 Konzert 20,10 Ende gut — alles gut 22,20 Schallpl. 24 Nachtmusik.

Wien (592 tgl., 507 M.)

12 Konzert 14,10 Schallpl. 16 Berlings bunte Bühne 20,10 April — April 22,30 Und morgen ist Sonntag 24 Nachtmusik.

Polnisch-schwedisches Austauschkonzert

Zweimal hatten die polnischen Rundfunkhörer in diesem Monat Gelegenheit, schwedische Musik zu hören, aber auch die schwedischen Hörer hatten Gelegenheit, sich mit verschiedenen polnischen Musikschöpfungen im Austauschkonzert vertraut zu machen. In der ersten Sendung hörten wir den reichhaltigen und verschiedenartigen schwedischen Folklor, im Austausch dagegen hörten die Schweden polnische Volksmusik. Die zweite dieser Austauschsendungen erfolgt heute, Freitag, den 31. März, um 22,20 Uhr. Diesmal sendet der polnische Rundfunk polnische Unterhaltungs- und Tanzmusik in Ausführung des Kleinen Rundfunkorchesters unter Leitung des Kapellmeisters Gorzyński und des Dan-Chorez. Schweden sendet dagegen ein heiteres Potpourri und stimmungsvolle schwedische Melodien in Ausführung eines bekannten Tanzmusikorchesters.

Der Rundfunk für die Verteidigungsanleihe.

Der Rundfunk hat sich mit dem 29. März in den Dienst der Landesverteidigungsanleihe gestellt. Täglich von 19 bis 19,30 Uhr werden spezielle Sendungen durchgegeben, die im engsten Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Anleihe stehen. Die ersten zwei Sendungen bestreitet der Warschauer Sender, heute erfolgt eine Sendung aus Kattowitz, morgen aus Pojen usw. Abwechselnd wird somit jeder Sender in dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Der Gesamtittel für diese Sendungen lautet: „Bauen wir eine starke Luftflotte“.

Die Liebe siegt ...

Roman von Wiegner

(45. Fortsetzung)

„Fräulein Winter und auch Sie werden wissen, wie nahe mir mein Bruder innerlich steht, daß sein Schicksal mich angeht. Und dennoch habe ich ihm nicht geäußert darüber, daß er mir seine herzlichen Beziehungen zu Annemarie Winter bis vor kurzem verschwiegen hat. Es gibt Dinge, es gibt Gefühle, über die auch ein Mann nicht sprechen kann. Aber unglück hat er gehandelt, denn ich, als Frau, hätte ihm in seiner Herzessnot Beraterin sein können. In Georgs Fall wäre auch eine Aussprache mit mir für ihn schon deshalb wertvoll gewesen, weil ich wohl besser als er begriffen hätte, daß nicht ein ängstliches Verschließen, sondern ein ehrliches Bekennen beide Menschen nicht so unglücklich gemacht hätte.“

Mein Bruder fühlte sich gezwungen, seiner Liebe zu entsagen, die Frau aufzugeben, die er innig liebt. Seine eigenen Wünsche unterwarf er der Vernunft. Er glaubte, sich um eines geringen Jugendvergehens willen selber unwert.

Ich habe meinen Bruder mehr als ein Jahr nicht gesehen. Als ich ihn wieder sah, erschrak ich und wußte sofort, daß er viel gelitten hat. Nur sehr schwer entdeckte er sich zu einem Geständnis. Die Worte mußte ich ihm abringen, aber dann erfuhr ich doch von seiner Liebe zu Annemarie Winter. Als er ihren Namen nannte, zitterte er, konnte nicht sofort weitersprechen. Wie sehr liebt er sie, wie sehnt er sich nach ihr. Sie werden es nicht verstehen, daß er es war, der dennoch von einer Trennung sprach.“

Sie hieß inne, selbst innerlich erschüttert. Sie sprach zu einem freunden Menschen, dachte sie plötzlich erschrocken, und ein Gefühl der Höflichkeit kam über

sie. Wie gefährt erschien sie sich, so daß sie einen Augenblick die Augen schloß und den Kopf an die Lehne des Sessels drückte.

Da fühlte sie eine Hand auf ihrem Arm, spürte, daß ein Mensch sie ansah. Sie schlug die Augen auf, sah Hertha's Blick warm und mitfühlend auf sich gerichtet.

„Sie haben sich erregt, liebes Fräulein Stein“, sagte sie. „Sie erleben die Nöte Ihres Bruders selber mit. Ich sehe die Dinge nun ganz klar und kann Ihnen schon ein wenig helfen. Auch meine Freundin hat unter der Trennung gelitten. Sie hat ihre Liebe nie derzwingen wollen, hat verucht, einem anderen Mann etwas zu bedeuten, und doch fehlte Schiffsbruch gelitten. Nachdem sie ihre Verlobung löste, weilt sie bei mir.“

„Fräulein Winter ist nicht mehr die Verlobte Baron Olsers?“ Lena Stein rief es beinahe freudig aus.

„Mehr als zwei Wochen sind vergangen, seitdem sie den Ring zurückgab.“

„Aber wird dieses Geschehen an den nun gelösten Beziehungen zu meinem Bruder etwas ändern?“

„Das müssen wir den Beteiligten schon selbst überlassen“, meinte Hertha Leonhard und lächelte vielseitig.

„Wenn aber Fräulein Winter nicht vergeben kann — wenn sie meinem Bruder nicht vergeben will? Sie ist die Tochter des sitzenstrengen, unduldamen Vaters, der sich vor mehr als zehn Jahren nicht scheute, meinen Bruder, seinen Angestellten, eines geringfügigen Vergehens willen um seine Existenz zu bringen.“

„Also so liegen die Dinge, nun wird mir Vieles verständlich“, fiel die junge Arztin ein.

„Nicht wahr, nun begreifen Sie auch die Scher meines Bruders, in das Haus des Bankdirektors Winter Eingang zu suchen? Sollte er sich ein zweites Mal bemühten lassen? Da aber Fräulein Winter die Zusammenhänge nicht kannte, so ist es begreiflich, daß sie meines Bruders Tun in einer ganz anderen Beleuchtung sah.“

Sie hieß inne, fuhr aber dann, von Hertha's Blick aufgemuntert, fort:

„Ich dachte mir nun, daß Sie mit Fräulein Winter sprechen und damit die Sendungswise Georgs erfahren könnten.“

„Und dann, was soll dann geschehen?“

Lena schüttelte mutlos den Kopf.

Dann kommt alles auf Fräulein Winter an. Mein Bruder wäre überglücklich, wenn er sie wiedersehen und sprechen könnte.“

Hertha Leonhard streckte ihr die Hand hin.

„Ich will Ihrem Bruder helfen, das heißt, wir beide wollen als zwei Verbündete ihm und Annemarie helfen. Noch heute spreche ich mit meiner Freundin, und wenn diese Unterredung so ausfällt, wie ich es mir wünsche, so schreibe ich Ihnen und bitte Sie und Ihren Bruder in den nächsten Tagen zum Tee zu mir. Geben Sie mir Ihre Adresse. Ich hoffe, recht bald von mir hören zu lassen.“

„Sie sind wirklich der wunderbare Mensch, als den Sie mein Bruder geschildert hat“, erwiderte das junge Mädchen, und ihre Augen glänzten freudig. „Haben Sie vielen, vielen Dank.“

Und dann kam ein Abend, an dem vier Menschen um Hertha Leonhards runden Teetisch saßen. Und es schien Annemarie und Georg, als wären nicht ein paar Monate, sondern nur Tage vergangen, seitdem sie zum letzten Mal miteinander gesprochen hatten.

Die kluge Hertha und die heute so muntere Lena bestritten die Unterhaltung. Für Annemarie und Georg genügte es, sich verständnisvoll in die Augen zu sehen oder sich verstohlen die vor Erregung heißen Hände zu drücken.

(Fortsetzung folgt.)

Auftragstitel
Biala-Bielsko

JÓZEF FRÄNKEL i S.

empfiehlt ihre eigenen Erzeugnisse für
Damen-Mäntel u. Kostüme in der
herren-Anzüge, Paletots, Sportlings

L-O-D-Z
PIOTRKOWSKA 17
Tel. 190-23 — Fabrikpreise

„CORSO“

Begrenzt an Wochentagen um 4 Uhr, am Sonnabend, Sonn- u. Feiertag um 12 Uhr

Preise ab 50 Groschen

Heute und folgende Tage

Revelationsfilm mit seiner unvergleichlichen Ausstattung

Zum ersten Mal in Lods

„100 Tage Napoleon“

Ungewöhnliche Technik — Unvergleichliches Spiel — Spannung — Der Gipfel der europäischen Kinokunst
In der Rolle des Napoleon der großes Tragöde der Welt CORRADO RACCA in der Rolle der Maria Luisa ROSA STRADNER © Außer Programm: Komödie und PAT

Bieliger Stoffe I. ŻABINOWSKI Piotrkowska 43
Front Etage

Große Auswahl in Damen- u. Herren-Stoffen Niedrige Preise

Kinderwagen

Weingmaschinen Linoleum, Teppiche und Läufer, Keramik
Kofos - Läufer — Turn - Schuhe
Spiel - Bälle — Fahrrad - Reifen u. sämtliche Gummi - Waren

Fabriklager ALFRED SCHWALM, Łódź
Piotrkowska 150

Alle oben angeführten Waren sind in großer Auswahl und in verschiedenen Preislagen vorrätig

Kaufe Brillanten und Schmucksachen
„KAMEA“, Piotrkowska 73, Tel. 185-22

Gelegenheitskäufe an Schmucksachen empfiehlt
„KAMEA“, Piotrkowska 73, Tel. 185-22

PRZEDWIOŚNIE

Heute u. folg. Tage



Jerzmaniego 74/76
Straßenbahnfahrt Linie 0, 5, 6 u. 8
bis zur Ecke Kopernika u. Jerzmaniego

Möbel

ERNST HEIDRICH
Łódź, Limanowskiego 132.

Komplett und einzelne
eigener solider Herstellung
zu mäßigen Preisen

empfiehlt die Möbelstilerei

SIMONE SIMON

die Verkörperin der französischen Charme in ihrer besten Kreation

„JOSETTE“

JOSETTE — das ist ein hinter Strauß von Wit, Humor und den schönen Melodien
In den übrigen Rollen: DON AMEYCHE ROBERT YOUNG © Außer Programm: FIS, Wettkämpfe in Zatopane

Die „Volkszeitung“ erscheint täglich
Abonnementsspreis: monatlich mit Aufstellung ins Hand
und durch die Post: 50 Groschen — wöchentlich 75 Groschen
Ausland: monatlich 50 Groschen — jährlich 500 Groschen
Gesamtpreis: 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen

Anzeigenpreise: die sieben geschaltene Millimeterzeile 15 Gr
im Text die dreigeschaltete Millimeterzeile 60 Groschen. Stellen-
gefläche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt
Anfragen im Text für die Druckteile 1.— 50 Groschen
für das Ausland 100 Prozent Aufschlag

Verlagsgesellschaft „Volksprese“ m. b. o.
Verantwortlich für den Verlag Otto Abel
Haupstschriftleiter Dipl.-Ing. Emil Serbe
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Alfred S...
Druck: „Prasa“, Lodz, Petrzilka 122